

Koordination der überbetrieblichen Kurse der Ausbildungs- und Prüfungsbranchen mit der Schulorganisation in den Berufsfachschulen im Rahmen der betrieblich organisierten Grundbildung (Papier vom 24.11.2011)

Position Branche Bank

- Aus üK-Optik Bank bestehen mit dem vorgeschlagenen Modell für das CYP als zentraler üK-Organisation Bank keine Probleme, auch die übrigen üK-Organisationen dürften sich kantonal (gegebenenfalls via sinnvolles Splitting auf W- und F-Schulen) organisieren können.
- Für die Positionierung der Branche Bank zum vorgeschlagenen Modell sind primär die **Konsequenzen für die Betriebe** aus einer Lösung bzgl. Koordination üK - Berufsfachschulen **ausschlaggebend** und generell massgebend.
- Die Branche Bank anerkennt einen **möglichen Qualitätsgewinn** infolge Verzicht auf die Definition von üK-Fenstern und dem damit verbundenen Ersatz des eher unproduktiven Teilunterrichts an den Berufsfachschulen bei Wegfall jener üK-Fenster, bei welchen der üK Priorität gegenüber dem Berufsfachschulunterricht genießt, durch "ordentlichen Unterricht" (Qualitäts- und Quantität BFS-Unterricht steigt).
- Diesem "Nutzen" steht mit der vorgeschlagenen Lösung die mögliche **Einschränkung der Wahl- und Wunschköglichkeiten bzgl. Schultagsbesuche für die Betriebe der Branche Bank / Banken** gegenüber.
 - Je mehr Branchen prioritär behandelt werden, desto weniger Wahlmöglichkeiten bleiben für den Rest.
 - Verschiedene Betriebe in unserer Branche (und dies in zunehmender Anzahl) sind darauf angewiesen, dass sie aus unternehmensinternen und organisatorischen Gründen eine hohe Flexibilität bzgl. Schultage für ihre Lernenden haben.
 - Durch die vorgesehene schweizweite Festlegung der Wochentage, welche für den Unterricht an den sogenannten F-Schulen vorgesehen ist, wird diese Möglichkeit prinzipiell und im Einzelfall gegebenenfalls erheblich (nicht zuletzt überall dort, wo es Ausbildungsplätze gibt, die sich jeweils mehrere Lernende teilen) eingeschränkt. Zu erwähnen bzw. zu beachten hier gilt es, dass es wohl bereits heute eine Vielzahl von sogenannten Fix-Schulen haben, die jedes Jahr nach demselben Muster ausbilden und keine Wunsch- bzw. Wahlmöglichkeiten für die Betriebe bieten. Die jeweiligen Fixtage sind heute aber nicht schweizweit standardisiert. Entsprechend können die Betriebe je nach Notwendigkeit die Situation neu aushandeln bzw. über verschiedene

"andersorganisierte" Fix-Schulen überregional Wahl- bzw. Wunschmöglichkeiten anmelden bzw. ausnutzen).

- Andererseits ergibt sich die mögliche Einschränkung für die Betriebe unserer Branche auch an W-Schulen, da an diesen Schulen die kleineren Branchen ihre Prioritäten zuerst anmelden können und die Wahl- bzw. Wunschvorstellungen der Betriebe v.a. aus grossen Branchen (IGKG, Öff. Verwaltung und Banken) erst dann erfüllt werden sollen, wenn die üK-bedingten Prioritäten der kleineren Branchen erfüllt sind. Informationen darüber, in welchem Ausmass die Wunsch- und Wahlmöglichkeiten für die Lehrbetriebe an den kleinen und mittleren W-Schulen entsprechend eingeschränkt werden, liegen nicht vor. Die Vertreter der nunmehr vorgeschlagenen Lösung "glauben", dass die Wahlmöglichkeiten kaum eingeschränkt werden, da die kleineren Branchen, die eine Priorisierung notwendig haben, kaum ein bedeutendes Mengengerüst bilden, womit bei allen W-Schulen allfällige Wunschvorstellungen problemlos realisiert werden können. Dies kann im Moment für die kleinen und mittleren W-Schulen jedoch nicht bestätigt bzw. nachvollzogen werden, umso mehr unter Berücksichtigung der Tatsache, dass sich unsere Lernenden wohl zu etwa 60% auf Berufsmaturi und zu 40 % E-Profil aufteilen.
- Das vorgeschlagene Modell kann und wird entsprechend dazu führen, dass Lehrbetriebe, sofern sie auf eine Wahlmöglichkeit angewiesen sind, künftig noch vermehrt als heute schon ihre Lehrverhältnisse an W-Schulen statt F-Schulen (innerkantonal, evtl. sogar ausserkantonal) bzw. an grossen W-Schulen statt an kleineren W-Schulen "domizilieren". Jene, die die vorgeschlagene Lösung unterstützen, müssen sich in der Folge nicht über allfällige Konsequenzen ((zusätzliche) Umlagerungen etc.) wundern bzw. diese kritisieren.
- Da der Mittwoch an den F-Schulen und wohl auch an vielen W-Schulen im 3. Lehrjahr als Schultag im Zentrum stehen wird, können mit dem vorgeschlagenen Modell keine betriebsinternen 3-Tages-Seminare im 3. Lehrjahr mehr organisiert werden.
- Der Vorschlag führt überdies dazu, dass jedes Jahr die Praxiseinsätze bei allen drei Lehrjahren bei den F-Schulen organisatorisch und administrativ bedingt umgestellt werden müssen (einmal sind die Erstlehrjahr-Lernenden MI/Do/Fr im ersten Jahr anwesend, im nächsten Jahr dann Mo/Di/MI etc., analoge Umstellungen im 2. Lehrjahr). Gleichzeitig müssten die Anmeldungen bei den W-Schulen, damit es dann organisatorisch wieder aufgeht, immer wieder gegebenenfalls entsprechend ausgeglichen werden. Möglicher Ausweg: Pooling der Lernenden bei den (grösseren) W-Schulen ...
- Die Branche Bank ist gegen Lösungen, die die Organisationsflexibilität für die auszubildenden Lehrbetriebe beeinflussen bzw. einschränken (können). Beim vorgeschlagenen Schulmodell für die deutsche Schweiz handelt es sich um eine solche Lösung, in dem Sinne können wir dieses nicht unterstützen.
- Ergänzend gilt es sich bewusst zu werden, dass mit dem vorgeschlagenen Modell eine **schweizweite komplizierte Koordinationsübung** veranstaltet wird. Diese ist für die deutliche Mehrheit der Lehrverhältnisse aus üK-Optik völlig irrelevant. Unseres Erachtens

•SwissBanking

wird es aufgrund des vorgeschlagenen Modells in der Zukunft immer wieder zu erneuten Diskussionen kommen und gegebenenfalls sogar zu Beschwerden kommen (zwischen Lehrbetrieben und Schulen, zwischen Lehrbetrieben und üK-Organisationen, zwischen den Branchen selbst, zwischen den verschiedenen Schultypen selbst) geben. Ob sich dies positiv auf die Attraktivität der kaufm. Grundbildung auswirkt, darf bezweifelt werden.

- Die nunmehr vorgeschlagene Lösung bringt zusätzlichen Koordinations- und Umlagerungsaufwand mit nicht absehbaren Konsequenzen mit sich, welcher aufgrund des heutigen funktionierenden und eingespielten Systems bezogen auf die grosse Mehrheit der Lernenden (!) nicht notwendig wäre.
- Wir denken, dass es **alternativ** ausreichend ist, wenn die Branchen effektiv bis Mitte September 2011 via DBLAP und über die Schnittstellenlösungen via Front-end-Tools wissen, wann die Lernenden schulfrei haben. Im Weiteren gilt es sicherzustellen, dass seitens der Schulen und Kantone ein Commitment dahingehend besteht, dass - sofern notwendig - allfällige Optimierungen hinsichtlich Schulsituation einzelner Lernender (z.B. innerschulischer Klassenwechsel, innerkantonaler Schulwechsel, evtl. sogar überkantonaler Schulwechsel) mit dem Ziel der Koordination der Schultage mit den üK-Tagen unkompliziert erfolgen können. Sollten vor Mitte September bereits üK-Tage notwendig sein, bestehen in der noch schulfreien Zeit zu Beginn des Monats August entsprechende Möglichkeiten, die genutzt werden können. Diese Grundsätze könnten durch die künftige SKBQ in einer einfachen Ausführungsbestimmung und relativ rasch realisierbar festgehalten werden.

Schweizerische Bankiervereinigung
Basel, 2.12.2011